

■ Einschränkungen für *Permanent Residents*

Die sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen und die anhaltende Kritik an der hohen Zahl von Ausländern in Singapur haben die Regierung veranlasst, die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für *Permanent Residents* (PR) zu verschärfen. Anfang Juli gab die Regierung bekannt, den Familiennachzug nur den PR zu erlauben, die über ein Monateinkommen von mindestens 2.800 Singapur-Dollar (etwa 1.800 Euro) verfügen. Zugleich drohen bei Scheinehen zum Zwecke einer dauerhaften

Aufenthaltsgenehmigung höhere Strafen.

Konnten bisher Ausländer eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn sie mindestens zehn Millionen Singapur-Dollar im Stadtstaat anlegten, so soll diese Möglichkeit zukünftig abgeschafft werden. Außerdem sollen die Schulgebühren für schulpflichtige Kinder von PR ab dem kommenden Jahr deutlich angehoben und einheimische Kinder bei der Vergabe von begehrten Schulplätzen bevorzugt werden.

In den letzten 20 Jahren ist die Zahl von Ausländern mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung auf mehr als 530.000 gestiegen. Die jüngst angekündigten Maßnahmen sind Ausdruck einer seit Jahren anhaltenden Kritik an der seit den 1990er Jahren kontinuierlich steigende Zahl von ausländischen Arbeitskräften im Allgemeinen und PR im Besonderen. Dass ihre Zahl im letzten Jahr erstmals leicht zurückging, kann auch als Folge dieser Haltung betrachtet werden.

The Star (Malaysia) 14.7.2012

■ Neue Bestimmungen für indonesische Hausangestellte sorgen für Kritik

Die indonesische Regierung hat Arbeitsvermittler in Singapur aufgefordert, keine Vermittlungsgebühren mehr von indonesischen Hausangestellten zu erheben, die im Stadtstaat beschäftigt werden. Die neue Regelung hat zu deutlicher Kritik seitens der Vermittlungsagenturen geführt, die nun befürchten, die Kosten für die Einreise und Einarbeitung auf die zukünftigen Arbeitgeber umlegen zu können.

Indonesische Hausangestellte verdienen im Monat etwa 450

Singapur-Dollar (etwa 290 Euro). Die bisherigen Regelungen sahen vor, dass den MigrantInnen nicht mehr als ein Monatslohn als Vermittlungsgebühr pro Beschäftigungsjahr in Rechnung gestellt wird und die Agenturen hatten den Frauen bisher zwischen anderthalb und zwei Monatslöhnen für ihre in der Regel zweijährige Beschäftigung als Haushaltshilfen im Stadtstaat als Gebühr berechnet.

In einer konzertierten Aktion haben die Vermittlungsagenturen

nun ihren Dachverband, die *Association of Employment Agencies of Singapore* (AEAS), aufgefordert, Gespräche mit der indonesischen Botschaft in Singapur aufzunehmen, um die neue Regelung aufzuheben. Die Agenturen fürchten, bei der Vermittlung indonesischer Hausangestellte ausgeschlossen zu werden. Derzeit stammt etwa die Hälfte der nach offiziellen Angaben etwa 206.000 ausländischen Haushaltshilfen aus Indonesien.

Jakarta Post, 18.6.2012

■ Lockerungen bei Todesstrafe?

Anfang Juni hat der stellvertretende Premierminister Singapurs – Teo Chee Hean – Strafrechtsreformen angekündigt, die unter anderem auch die Verhängung der Todesstrafe als zwingendem Strafmaß für einige schwere Verbrechen betrifft. Die Gerichte sollen in Zukunft bei einer Reihe von Verbrechen, wie Drogenschmuggel oder -handel, von der Todesstrafe absehen können, wenn die Straftäter zu einer umfassenden Zusammenarbeit

mit den Polizeibehörden bereit sind.

Derzeit erwarten nach Auskunft Teos 35 Inhaftierte in Singapur die Vollstreckung der Todesstrafe, davon 28 wegen Drogenverbrechen. Die angekündigte Strafrechtsreform könnte ein erster Schritt sein, die sowohl national wie international heftig kritisierte hohe Rate an Hinrichtungen in Singapur zu senken.

Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen begrüßen

die angekündigte Reform, äußern sich aber auch skeptisch im Hinblick auf die Frage, ob und in welchem Maße die bisher vor allem von den Todesurteilen betroffenen Drogenschmuggler jene umfassende Zusammenarbeit mit den Behörden bei der Zerschlagung von Drogenkartellen werden leisten können, die in der angekündigten Reform als Voraussetzung formuliert wird, um einer Todesstrafe zu entgehen.

Yahoo News, 9.7.2012